



Presseschau vom 23.01.2022

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, snanews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten *dnr-online*, *lnr-portal*, *Novorossia*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a. sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken *dan-news*, *lug-info*. Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. *BigMir*, *UNIAN*, *Ukrinform*, *KorrespondenT* und die Online-Zeitung *Timer* aus Odessa ein. Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen *aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot* (*dnr-online*, *lnr-portal*, *Novorossia*, *dan-news*, *lug-info*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a.) und *ukrainische Quellen in Blau* (*BigMir*, *Ukrinform*, *UNIAN*, *KorrespondenT* und *Timer*) gekennzeichnet. Die Wiedergabe russischer und anderer Medien erfolgt in schwarzer Farbe. Meldungen *aus Sozialen Netzwerken* sind *violett* gekennzeichnet. Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

Die Online-Version ist unter <https://alternativepresseschau.wordpress.com/> erreichbar.

Außer der Reihe – Lesetipps:

Karin Kneissl: Frankreichs Außenpolitik ist immer etwas anders

Seine Rede zur Eröffnung des französischen EU-Vorsitzes nutzte Frankreichs Präsident Emmanuel Macron auch für neue außenpolitische Avancen in Richtung Russland. Hierbei verfolgt er die Tradition einer gaullistischen Außenpolitik. ...

<https://kurz.rt.com/2sjm>

Seyed Alireza Mousavi: Aufstieg Eurasiens: Russland und Iran gehen strategische Partnerschaft ein

Die strategische Partnerschaft zwischen Russland und Iran markiert ein deutliches Zusammenrücken der wichtigsten Rivalen der USA in der Region, insbesondere seit dem US-Debakel in Afghanistan. Die Geopolitik ist offenbar wieder zurück. ...

<https://kurz.rt.com/2shb>

Alexander Boos: Westliches Völkerrecht nur „korrupter Kolonialismus“? Magazin mit kritischem Blick auf Weltpolitik

Warum gehört Japan einem „westlichen Staaten-Club“ an, der das Völkerrecht für die Welt setzt? Wieso läuft Kritik des Westens an Russland bezüglich der Krim völkerrechtlich gesehen ins Leere? Und warum war Alt-Kanzlerin Angela Merkel „zu häufig überrascht?“ Antworten auf diese Fragen sind im neuen „Weltrends“-Journal zu finden. ...

<https://snanews.de/20220123/westliches-voelkerrecht-nur-korrupter-kolonialismus-magazin-mit-kritischem-blick-auf-weltpolitik-5092486.html>

Susan Bonath: Lohn weg, und dann? Ungeimpfte Pflegekräfte sind mit unklarer Rechtslage konfrontiert

Die Impfpflicht im Gesundheitswesen ist wenig durchdacht. Steht Freigestellten Arbeitslosengeld zu? Erhalten Entlassene eine Sperre? Anwälte empfehlen, auf keinen Fall selbst zu kündigen. Die Arbeitsagentur lässt viele Fragen offen. Und: Sollte die allgemeine Pflicht kommen, könnte es für Ungeimpfte existenzbedrohend werden. ...

<https://kurz.rt.com/2sj3>

de.rt.com: Soldaten an der Gesundheitsfront: Bundeswehreinsatz spart privatem Klinikkonzern Personalkosten

Im Rhön-Klinikum in Frankfurt (Oder) nehmen Soldaten Aufgaben im nicht-medizinischen Bereich wahr und ersetzen so zuvor ausgegliedertes Personal. Der Konzern spart dadurch massiv Ausgaben ein, da die Bundeswehr auf die Erstattung amtshilfebedingter Auslagen verzichtet. Aushilfspersonal würde die private Klinik geschätzt mehr als 50.000 Euro pro Monat kosten. ...

<https://kurz.rt.com/2si3>

abends/nachts:

de.rt.com: Wegen deutschen Marine-Chefs: Ukrainisches Außenministerium bestellt deutsche Botschafterin ein

Die Äußerungen des deutschen Marine-Vizeadmirals Kay-Achim Schönbach haben in der Ukraine Ärger ausgelöst. Schönbach hatte unter anderem Respekt für Russland gefordert. Als Reaktion berief das ukrainische Außenministerium die deutsche Botschafterin Anka Feldhusen ein.

Das ukrainische Außenministerium hat die deutsche Botschafterin in der Ukraine Anka Feldhusen wegen umstrittener Äußerungen eines deutschen Militärs einberufen. Es gehe um die "Unannehmbarkeit der Äußerungen des Oberkommandierenden der Kriegsmarine Deutschlands, Kay-Achim Schönbach", hieß es in einem Schreiben des Ministeriums vom Samstag. Unter anderem gehe es um dessen Aussage, "dass die Krim niemals in den Bestand der Ukraine zurückkehren wird und dass unser Staat den Mitgliedskriterien für die NATO nicht entsprechen wird".

Marine-Inspekteur Vizeadmiral Schönbach hatte bei einer Veranstaltung in Indien in einem im Internet veröffentlichten Video unter anderem gesagt: "Die Halbinsel Krim ist weg, sie wird nicht zurückkommen." Er betonte zudem, dass Russland Respekt verdiene.

Darüber hinaus monierte die Ukraine in dem Schreiben des Außenministeriums erneut, dass Deutschland keine Verteidigungswaffen an das Land liefern wolle:

"Wir drücken unsere tiefe Enttäuschung anlässlich der Position der Regierung Deutschlands über die Nichtgewährung von Verteidigungswaffen an die Ukraine aus."

Die Ukraine hatte Deutschland wiederholt um Waffenlieferungen gebeten. Die Bundesregierung hält bisher an ihrem klaren Nein fest. Bundesverteidigungsministerin Christine Lambrecht (SPD) sagte der Welt:

"Waffenlieferungen wären da aktuell nicht hilfreich – das ist Konsens in der Bundesregierung."

Der ukrainische Außenminister Dmitri Kuleba kritisierte die Haltung Deutschlands mit Blick auf den Konflikt seines Landes mit Russland auch auf Twitter. "Die derzeitigen Äußerungen Deutschlands enttäuschen", schrieb er am Samstag in dem Kurznachrichtendienst. Dies widerspreche seiner Ansicht nach der seit 2014 geleisteten Hilfe, für die Kiew dankbar sei. Er

betonte aber: "Jetzt ist wie noch nie die Einheit des Westens gegenüber Russland wichtig."



<https://cdn.rt.com/deutsch/images/2022.01/article/61ec465fb480cc32b16af949.jpg>

de.rt.com: **NATO will die Kontrolle über Bulgariens Luftraum übernehmen**

Die NATO-Mitgliedsstaaten Spanien und die Niederlande werden einen Teil der Luftüberwachung über dem NATO-Mitgliedsstaat Bulgarien übernehmen. Es sollen insgesamt bis zu neun Kampffjets aus den beiden NATO-Ländern zum Einsatz kommen. Als Grund wird der "Ukraine-Konflikt" genannt.

Die Pläne und Umsetzung des geplanten Einsatzes über dem NATO-Mitglied Bulgarien wird als Air Policing bezeichnet. Der bulgarische Verteidigungsminister Stefan Janew wird von dem Redaktionsnetzwerk Deutschland dahingehend zitiert dass das Land selbst nicht über entsprechende Kampfflieger verfüge. Die bulgarische Regierung müsse aber über den Einsatz von Spaniens Eurofighter-Jets an diesem Montag noch entscheiden.

Bei den angekündigten Einsätzen über dem südöstlichen EU-Land gehe es um separate Kontrollflüge von insgesamt bis zu neun Kampffjets aus den beiden NATO-Ländern Spanien und Niederlande. Bulgarien ist seit 2004 Mitglied des Militärbündnisses.

Die nun verkündeten Pläne der NATO stehen in einem zeitlichen Kontext mit den Äußerungen des russischen Außenministeriums vom Freitag, wo betont wurde, dass im Rahmen der von Russland geforderten Sicherheitsgarantien zur Entspannung der aktuellen Situation rund um den sogenannten Ukraine-Konflikt NATO-Truppen, Waffen und andere militärische Ausrüstung aus Rumänien und Bulgarien abgezogen werden sollten.

Der bulgarische Staatspräsident Rumen Radew hatte anschließend die russische Forderungen zum Truppenabzug der NATO aus östlichen Mitgliedstaaten wie etwa Bulgarien am Freitag laut der dpa als "unannehmbar und grundlos" zurückgewiesen.



<https://cdn.rt.com/deutsch/images/2022.01/article/61ec4e08b480cc1e0f76c61b.jpg>

de.rt.com: **Medienberichte: Deutscher Marinechef Schönbach räumt Posten**

Nach seinen viel kritisierten Aussagen bei einem Besuch in Indien wird der deutsche Vizeadmiral Kay-Achim Schönbach laut Medienberichten seinen Posten als Bundesmarine-Oberkommandierender räumen. Schönbach hatte unter anderem gesagt, dass Russland Respekt verdiene.

Der deutsche Vizeadmiral Kay-Achim Schönbach wird laut Medienberichten nach seinen viel kritisierten Äußerungen seinen Posten als Bundesmarine-Oberkommandierender räumen. Das teilte das Verteidigungsministerium am Samstagabend laut dpa den Obleuten im Bundestag mit. Zuvor hatte der Spiegel darüber berichtet. Marine-Inspekteur Vizeadmiral Schönbach hatte bei einer Veranstaltung in Indien in einem im Internet veröffentlichten Video unter anderem gesagt: "Die Halbinsel Krim ist weg, sie wird nicht zurückkommen." Er betonte zudem, dass Russland Respekt verdiene. Dieser Wunsch Russlands sei "leicht zu erfüllen". Sowohl im Verteidigungsministerium als auch im Auswärtigen Amt zeigte man sich verärgert über Schönbach Äußerungen. Bei einer am Vormittag einberufenen Videokonferenz beriet Verteidigungsministerin Christine Lambrecht (SPD) mit ihrem Generalinspekteur Eberhard Zorn und ihrem obersten PR-Berater, wie man mit Schönbach umgehen soll. Zuvor hatte das ukrainische Außenministerium die deutsche Botschafterin in der Ukraine Anka Feldhusen einbestellt.

Das Verteidigungsministerium in Berlin distanzierte sich von Schönbachs Äußerungen. Dieser werde "auf eigene Bitte" abgelöst und von Konteradmiral Jan Christian Kaack ersetzt. Im Wehressort habe man laut Spiegel wohl bereits damit gerechnet, dass Schönbach um seine Entlassung bitten werden, um Konsequenzen des Verteidigungsministeriums aus dem Wege zu gehen. Vizeadmiral Schönbach hatte bei einem Auftritt in Indien Verständnis für den russischen Präsidenten Wladimir Putin geäußert.

"Was er wirklich will, ist Respekt auf Augenhöhe. Und – mein Gott – jemandem Respekt entgegenzubringen, kostet fast nichts, kostet nichts. Also würde man mich fragen: Es ist leicht, ihm den Respekt zu geben, den er fordert – und den er vermutlich auch verdient."

Er sehe die größere Bedrohung in China, sagte er. "Selbst wir, Indien, Deutschland, brauchen Russland, weil wir Russland gegen China brauchen", so Schönbach. In Bezug auf den Konflikt zwischen Russland und der Ukraine sagte Schönbach auch, dass sich Russland ukrainisches Territorium aneignen wolle, "sei Nonsens". Ein Sprecher des Verteidigungsministeriums erklärte der dpa:

"Die Äußerungen entsprechen in Inhalt und Wortwahl in keiner Weise der Position des Bundesverteidigungsministeriums."

Schönbach selbst äußerte sich am Samstag über seinen dienstlichen Twitter-Account: Er bezeichnete seine Äußerung als "klaren Fehler" und als "unbedacht, fehleingeschätzt in der Situation".



<https://cdn1.rt.com/deutsch/images/2022.01/article/61ec6da2b480cc6f817ceff7.jpg>

snanews.de: **Gespräche im Normandie-Format für Ende Januar in Paris geplant**

Im Zuge der Bemühungen um eine diplomatische Lösung des Ukraine-Konflikts wird offenbar das sogenannte Normandie-Format wiederbelebt.

Vertreter von Russland, Ukraine, Frankreich und Deutschland sollen sich am 26. Januar in Paris treffen, teilte der Berater des Büros des Präsidenten der Ukraine, Mikhail Podoljak, mit. „Die vereinbarte Position ist, am 26. Januar in Paris ein Treffen der politischen Berater im Normandie-Format abzuhalten“, sagte er.

Dem Normandie-Format gehören Deutschland, Frankreich, Russland und die Ukraine an. Unter Vermittlung der Regierungen in Berlin und Paris hatten sich Russland und die Ukraine 2015 auf das Minsker Abkommen verständigt, mit dem der Osten der Ukraine befriedet werden soll. Das letzte Gipfeltreffen fand Ende 2019 in Paris statt. Die dort getroffenen Vereinbarungen sind bis heute nicht umgesetzt.

Die Beziehungen zwischen den westlichen Ländern und Russland bleiben hinsichtlich der Ukraine angespannt. Der Westen äußert die Befürchtung eines Angriffs seitens Russlands auf das Nachbarland und droht Russland seitdem mit schwerwiegenden Konsequenzen. Moskau hingegen hatte mehrmals erklärt, dass Russland keine aggressiven Pläne habe und grundlos „dämonisiert“ werde.



https://cdn1.snanews.de/img/07e4/0c/1f/353633_0:281:1920:1361_1920x0_80_0_0_78e1ef333a2e944249334d320a6012ae.jpg

de.rt.com: **Lawrow: Russland erhebt keinen Anspruch auf Ukraine als "Einflussosphäre"**

Nach seinem Treffen mit US-Außenminister Antony Blinken hat der russische Außenminister

Sergei Lawrow die Behauptung zurückgewiesen, Moskau beanspruche die Ukraine als Teil seines Herrschaftsgebiets. Stattdessen versuche die NATO, das Land in ihre Umlaufbahn zu ziehen.

Der russische Außenminister Sergei Lawrow hat die Behauptung zurückgewiesen, Moskau beanspruche die Ukraine als Teil seines Herrschaftsgebiets, und beschuldigte stattdessen die NATO, das Land in ihre Umlaufbahn ziehen zu wollen. Diese Bemerkung fiel nach seinem Treffen mit US-Außenminister Antony Blinken am Freitag in Genf. Auf eine Frage des britischen Staatssenders BBC sagte Lawrow:

"Wir erheben keinen Anspruch auf Einflussphären, aber was die NATO in Bezug auf die Ukraine tut, zeigt eindeutig, dass die NATO die Ukraine als Teil ihrer Einflusszone betrachtet."

Er fügte hinzu, dass der von den USA geführte Westen aktiv daran arbeitet, seinen Einfluss auf weitere Gebiete in Europa auszudehnen. Einflussphären existieren in erster Linie dank der Politik, die die Kolonialmächte nach der Entkolonialisierung verfolgten, weil sie ihre Einflusszonen nicht verlieren wollten. Sie erfanden verschiedene Wege, um diese Gebiete zu halten, sagte Lawrow.

Es gibt viele Beispiele, fügte Lawrow hinzu. Eines der jüngsten ist, dass Blinken von Kasachstan Erklärungen dafür verlangt, warum es Anfang dieses Monats die Entsendung von Truppen der Organisation des Vertrags über kollektive Sicherheit als Reaktion auf Massenproteste und Ausschreitungen beantragt hat, die nach Angaben der Regierung von ausländischen Akteuren angefacht worden waren. Die EU verfolge auf dem Balkan einen ähnlichen Ansatz. Lawrow beklagte:

"Es ist wirklich traurig, dass erwachsene Menschen sich auf diese Art von Wettbewerb einlassen, um zu messen, wer härter ist und wer das größere Etwas hat."

Dieser Wettbewerb sei einer der Hauptgründe dafür, dass globale Probleme wie der Klimawandel, der Terrorismus und die Bedrohung durch Pandemien nicht zufriedenstellend bewältigt werden können.



<https://cdni.rt.com/deutsch/images/2022.01/article/61ec74f0b480cc708454d4ed.jpg>

vormittags:

Telegram-Kanal der Vertretung der LVR im GZKK: Am 22. Januar 2022 wurde keine Verletzung des Regimes der Feuereinstellung von Seiten der bewaffneten Formationen der Ukraine festgestellt.

dnr-sckk.ru: Täglicher Bericht über Verletzungen des Regimes der Feuereinstellung für den Zeitraum vom 22. Januar 3:00 Uhr bis 23. Januar 3:00 Uhr

In den letzten 24 Stunden hat die Vertretung der Donezker Volksrepublik im GZKK sieben Verletzungen des unbefristeten Regimes der Feuereinstellung von Seiten der BFU mitgeteilt. Das Territorium der DVR wurde in Verletzung der Minsker Vereinbarungen sowie der Vereinbarungen über einen Waffenstillstand mit folgenden Waffen beschossen:

Es folgt eine genaue Auflistung der eingesetzten Waffensysteme (Anm. d. Übers.).

In der Beschusszone von Seiten der BFU befanden sich folgende Ortschaften: **Golmowskij, Nowolaspa, Dsershinskoje, Kominternowo.**

Opfer unter der Zivilbevölkerung oder Schäden an ziviler Infrastruktur wurden im Berichtszeitraum nicht festgestellt.

Die Gesamtzahl der von den BFU eingesetzten Geschosse beträgt 49.

In den vorangegangenen 24 Stunden wurde eine Verletzung des Regimes der Feuereinstellung von Seiten der BFU festgestellt.

de.rt.com: **Pläne für eine prorussische Besatzungsregierung in Kiew? Moskau weist britische Vorwürfe zurück**

Großbritannien wirft Russland vor, eine prorussische Führung in Kiew etablieren zu wollen. Das russische Außenministerium weist diesen Vorwurf als Desinformation zurück. Der von London als Moskaus Statthalter genannte Kandidat steht auf einer russischen Sanktionsliste. Pläne für eine prorussische Besatzungsregierung in Kiew? Moskau weist britische Vorwürfe zurück

Das russische Außenministerium hat in der Nacht zum 23. Januar scharf auf einen Vorwurf aus Großbritannien reagiert, wonach der Kreml in der Ukraine einen prorussischen Politiker an die Macht bringen wolle. Die russischen Diplomaten wiesen diese Anschuldigung entschieden zurück. Die Verbreitung dieser "Desinformationen" sei einmal mehr der Beweis dafür, "dass gerade die NATO-Länder, angeführt von den Angelsachsen, eine Verschärfung der Lage rund um die Ukraine betreiben". Moskau forderte London auf, "die Provokationen und das Verbreiten von Unsinn einzustellen".

Zuvor hatte die britische Regierung dem Kreml unterstellt, Russland wolle die Ukraine politisch beeinflussen. Am Samstagabend hieß es in einer Mitteilung des britischen Außenministeriums:

"Uns liegen Informationen vor, die darauf hindeuten, dass die russische Regierung versucht, eine prorussische Führung in Kiew zu etablieren, während sie erwägt, ob sie in die Ukraine einmarschieren und sie besetzen soll."

Das britische Außenministerium teilte ferner mit, man habe Informationen, dass ukrainische Ex-Politiker, darunter der frühere Ministerpräsident Nikolai Asarow, in Kontakt mit den russischen Geheimdiensten stünden. Einige hätten demnach Kontakt mit Geheimdienstmitarbeitern, die "an der Planung eines Angriffs auf die Ukraine beteiligt" seien. Als möglicher Kandidat für die Führungsposition in der Regierung in Kiew wurde der frühere ukrainische Abgeordnete Jewgeni Murajew genannt.

Der von London als potenzieller Statthalter Moskaus genannte Kandidat steht allerdings selbst seit dem Jahr 2018 auf einer russischen Sanktionsliste. Der 45-Jährige hat sich inzwischen persönlich zu den Spekulationen der britischen Diplomaten geäußert. In einem Kommentar für die Sonntagszeitung The Observer sagte er, das britische Außenministerium scheine "durcheinander" zu sein. Es sei nicht besonders logisch. Er sei aus Russland verbannt. Darüber hinaus sei Geld von der Firma seines Vaters dort konfisziert worden. Dem ukrainischen Medium Strana.ua sagte Murajew:

"Wie die britischen Geheimdienste und das Foreign Office dies mit der Behauptung vereinbaren, wonach Russland mich zum Chef der 'Besatzungsregierung' ernennen wolle, ist eine Frage an Mr. Bean."

Bereits vor einer Woche hatten die USA Russland unterstellt, dass seine Agenten eine Spezialoperation im Osten der Ukraine planten. Der Kreml wies das zurück und verlangte

Beweise dafür.

Im Dezember 2021 hatte Russland vonseiten der USA und der NATO Sicherheitsgarantien gefordert und einen Entwurf für ein Abkommen veröffentlicht. Moskau verlangte unter anderem schriftliche Versicherungen, dass sich das westliche Militärbündnis nicht weiter nach Osten ausdehne. Am 9. und 10. Januar verhandelten eine russische und eine US-amerikanische Delegation in Genf. Am 12. Januar fand in Brüssel eine Sitzung des Russland-NATO-Rates statt. Darüber hinaus gab es am 13. Januar eine Sitzung der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE).



<https://cdni.rt.com/deutsch/images/2022.01/article/61ecf351b480cc53a402c023.jpg>

Mzdnr.ru: Am 22. Januar wurden in der DVR keine Tests auf Coronavirusinfektion durchgeführt.

In den letzten 24 Stunden wurden 32 Fälle von Lungenentzündung entdeckt, 21 weniger als am vorangegangenen Tag. Davon wurden 14 ins Krankenhaus eingewiesen. Insgesamt sind 638 Personen mit Lungenentzündung in Behandlung, davon 344 mit Sauerstoffunterstützung (+9 in den letzten 24 Stunden).

Am 23. Januar um 9:00 Uhr sind in der DVR insgesamt 121.880 Fälle von Coronavirusinfektionen registriert.

3139 Patienten sind derzeit in Behandlung (stationär und ambulant), 109.259 als gesund entlassen, es gibt 9482 Todesfälle.

de.rt.com: **"Fake und Provokation": Scharfe Reaktionen auf Bloomberg-Artikel über "Xis Olympia-Traum"**

Ein Bloomberg-Artikel hat eine scharfe Reaktion aus China und Russland ausgelöst. Demnach soll Xi Jinping Wladimir Putin gebeten haben, die Olympischen Spiele in Peking durch einen Angriff auf die Ukraine nicht zu überschatten. Chinas Botschaft in Russland dementiert.

Das Medienunternehmen Bloomberg hat am 22. Januar einen Artikel mit dem Titel "Putin könnte Xis Olympia-Traum mit Krieg in Ukraine zerstören" veröffentlicht. Dort wurde berichtet, dass der chinesische Staatschef Xi Jinping den russischen Präsidenten Wladimir Putin in ihrem jüngsten Telefonat darum gebeten haben könnte, auf eine Invasion der Ukraine während der Olympischen Winterspiele in Peking zu verzichten. Als angebliche Quelle wird ein anonym bleibender Diplomat in Peking genannt. Der Bericht löste scharfe diplomatische Reaktionen sowohl in China als auch in Russland aus.

Die chinesische Botschaft in Russland bezeichnete am Samstagabend den Artikel als Fake und Provokation. In einem Kommentar für die Nachrichtenagentur TASS hieß es, China trete für die Beilegung der Differenzen durch einen Dialog und Beratungen im Rahmen der Minsker Abkommen ein.

Die Sprecherin des russischen Außenministeriums, Maria Sacharowa, schrieb auf Telegram von einer "Sonderoperation der entsprechenden US-Dienste durch Bloomberg". Sie verwies darauf, dass das Medienunternehmen keine glaubwürdigen Quellen für seine Informationen anführe. Der Versuch Bloomborgs, die im Westen stark kritisierten Olympischen Winterspiele 2022 in Peking mit einem angeblich geplanten Angriff Russlands auf die Ukraine zu verschmelzen, sei gescheitert.

"Denn jetzt werden sich alle daran erinnern, wer tatsächlich gerne Aggressionsakte während der Olympischen Spiele in China ausübt."

Die russische Diplomatin brachte somit den Kaukasuskrieg 2008 während der Olympischen Spiele in Peking in Erinnerung und verglich das aktuelle Geschehen um die Ukraine mit den Ereignissen vor dem Ausbruch der Kampfhandlungen in Georgien. Sacharowa verwies auf den Bericht einer Untersuchungskommission unter der Leitung von Heidi Tagliavini vom 30. September 2009, dem zufolge der damalige Krieg tatsächlich von Georgien aus begonnen worden war.

"Deswegen erwarten wir von den USA und dem von ihnen geleiteten Kiewer Regime allerlei Provokationen: sowohl informationelle als auch möglicherweise militärische."

Die USA und die NATO werfen Russland seit Monaten vor, einen Überfall auf die Ukraine zu planen. Russland weist dies täglich zurück. Seinerseits fordert Moskau von Washington und dem westlichen Militärbündnis schriftliche Garantien, dass sich die NATO nicht mehr nach Osten erweitern wird.



<https://cdn.rtt.com/deutsch/images/2022.01/article/61ed05c9b480cc53a402c032.jpg>

Mil-Inr.su: Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der LVR, Oberleutnant I.M. Filiponenko, über die Entführung eines Soldaten der Volksmiliz

Die ukrainische Seite beendet die Versuche der Destabilisierung der Lage an der Kontaktlinie und die Provokationen gegenüber der Lugansker Volksrepublik nicht.

Wie bereits mitgeteilt wurde, sind zur Durchführung von Diversionsaktionen Kämpfer des Zentrums der Spezialoperationskräfte „West“ (das ehemalige 8. Regiment der Spezialoperationskräfte der ukrainischen Streitkräfte), die von ausländischen Instruktoren ausgebildet wurden, in der OOS-Zone eingetroffen. Ihre Aufgaben sind die Durchführung von terroristischen Akten an Objekten der Lebenserhaltung, Diversions- und Stoßtruppaktivitäten an der Kontaktlinie und die Schaffung von Anlässen für eine Eskalation des Konflikts. Trotz der Aufdeckung und Veröffentlichung der Pläne des Gegners hat das Kommando der Spezialoperationskräfte nicht von der Umsetzung ihrer kriminellen Absichten Abstand genommen.

So wurde am 22. Januar bei der Patrouille eines Abschnitts im Gebiet des Swetlodarsker Bogens ein Soldat der Volksmiliz der LVR von einer Diversionsgruppe der ukrainischen Streitkräfte entführt. Bei einer Ermittlung wurde festgestellt, dass der Soldat über Funk von

verdächtiger Aktivität in einem Waldstreifen berichtete und ohne auf Verstärkung zu warten die Örtlichkeit überprüfte, wodurch er sich zweifellos in Gefahr begab, aber vermutlich ein weiteres Vordringen der Diversanten des Gegners in die Tiefe der Republik verhinderte. Zweifellos wird derzeit auf den Verteidiger Republik psychischer und physischer Druck ausgeübt sowie durch Medikamente eingewirkt, um ihn zur Abgabe falscher Aussagen diskreditierender Art zu zwingen. In der nächsten Zeit wird der Gegner inszenierte Videos und Fotos zeigen, die Ehre und Würde unserer Verteidiger verleumden. Die Handlungen der ukrainischen Seite widersprechen vollständig dem ersten Punkt der Zusatzvereinbarungen zur Kontrolle der Einhaltung des geltenden Waffenstillstands, der direkt Aufklärungs- und Diversionshandlungen untersagt. Wir rufen die Beobachter der internationalen Organisationen auf, den weiteren Fall von Verletzung des Waffenstillstand, der die Entführung eines Soldaten der Volksmiliz nach sich gezogen hat, zu registrieren sowie bei seiner Rückkehr zu unterstützen.

nachmittags:

de.rt.com: **Mit Wissen der USA: Russland soll mit Iran die Idee eines vorläufigen Atomabkommens erörtert haben**

Russland soll mit Iran über die Idee eines vorläufigen Atomabkommen diskutiert haben. Die USA waren nach "NBC"-Informationen über den Entwurf eines von Russland vorgeschlagenen Interimsabkommen informiert. Iran hatte bislang ein Interimsabkommen abgelehnt.

Als Teil der Bemühungen, das Atomabkommen aus dem Jahr 2015 mit Iran wiederzubeleben, soll Russland in den vergangenen Wochen ein mögliches Interimsabkommen mit Teheran erörtert haben. Es soll eine begrenzte Aufhebung der Sanktionen als Gegenleistung für die Wiedereinführung einiger Beschränkungen des Atomprogramms von Teheran beinhalten haben, berichtete NBC am Sonnabend unter Berufung auf nicht namentlich genannte US-Beamte.

Die USA sollen nach NBC-Informationen über den Entwurf eines von Russland vorgeschlagenen Interimsabkommen informiert gewesen sein. Die Biden-Regierung ist währenddessen zunehmend besorgt, dass die Zeit für die Verhandlungen zwischen Iran und den internationalen Mächten zur Wiederbelebung des Atomdeals abläuft.

Nach dem Entwurf des vorläufigen Abkommens, das Russland Iran vorgelegt haben soll, müsste Teheran die Anreicherung von Uran bis zu einem Reinheitsgrad von 60 Prozent einstellen und seinen derzeitigen Vorrat in diesem Grad entsorgen, wie zum Beispiel durch Export nach Russland. Im Gegenzug würde die iranische Regierung Zugang zu Milliarden von Dollar an Öleinnahmen erhalten, die auf ausländischen Bankkonten eingefroren sind, einschließlich in Südkorea. Das Problem besteht allerdings darin, dass jedes neue Abkommen, das vom Atomdeal (JCPOA) entkoppelt ist, wahrscheinlich auch durch US-Kongress bewilligt werden sollte, so NBC.

Iran hat den vorgelegten Entwurf bislang abgelehnt. Die Ständige Vertretung Irans bei den Vereinten Nationen erklärte am Freitag, dass Teheran kein Interimsabkommen wolle, und lehnte es ab, auf Einzelheiten des Vorschlags zum möglichen Interimsabkommen einzugehen. Iran steht der Idee eines einstweiligen Atomdeals skeptisch gegenüber, da es das US-Sanktionsregime gegen Teheran weiterhin aufrechterhalten würde.

Am Freitag soll Außenminister Antony Blinken Russland aufgefordert haben, seinen Einfluss auf Iran geltend zu machen. "Wenn in den nächsten Wochen keine Einigung erzielt wird, werden es die anhaltenden nuklearen Fortschritte Irans unmöglich machen, zum JCPOA zurückzukehren, aber im Moment gibt es noch ein Zeitfenster, ein kurzes", sagte Blinken seinem Amtskollegen Sergei Lawrow in Genf. Die russische Regierung reagierte nicht sofort auf eine Bitte um Stellungnahme.

Obwohl die Biden-Regierung weiterhin darauf besteht, dass das vollständige Atomabkommen von 2015 wiederhergestellt wird, soll schon der Nationale Sicherheitsberater Jake Sullivan mit seinem israelischen Amtskollegen die Idee eines einstweiligen Abkommens mit Iran diskutiert haben, um mehr Zeit für Atomverhandlungen zu gewinnen. Der Grund für ein vorläufiges, schnelles Abkommen sei, laut der US-amerikanischen Nachrichtenwebsite Axios, dass die rasanten nuklearen Fortschritte Irans das Land sehr nahe an die Urananreicherungswerten gebracht hätten, die für die Herstellung einer Atombombe erforderlich sind.



<https://cdni.rt.com/deutsch/images/2022.01/article/61ed1e5ab480cc53a402c03f.jpg>

snanews.de: **Taliban sprechen in Oslo über Lage in Afghanistan**

Vertreter der Taliban haben in der norwegischen Hauptstadt Oslo Gespräche über die Situation in Afghanistan begonnen. Es ist das erste Mal, dass die Islamisten seit ihrer Machtergreifung in Afghanistan im vergangenen Jahr mit einer Delegation ein westliches Land besuchen. Bei den bis Dienstag angesetzten Gesprächen sollen Vertreter der militant-islamistischen Bewegung auch Afghanen treffen, darunter Frauen, Journalisten und Menschenrechtler, berichtete der norwegische Sender NRK am Sonntag. Nach seinen Informationen soll vom Verlauf der ersten Treffen abhängen, ob die Taliban bei ihrem Besuch auch mit der norwegischen Außenministerin Anniken Huitfeldt sprechen werden oder nicht. Der amtierende Taliban-Außenminister Amir Chan Muttaki sagte vor der Abreise, er sei mit einer 15-köpfigen Delegation nach Norwegen eingeladen worden und werde dort neben Afghanen auch Vertreter von Norwegen, der EU, der USA und anderen Ländern treffen. Er hoffe, die Reise könne der Beginn einer positiven Beziehung der Taliban mit Europa sein. Norwegens Außenministerin Huitfeldt verteidigte die Einladung und argumentierte, man könne die Taliban nur im Dialog für ihre Taten zur Rechenschaft ziehen. Ihre Hoffnung ist, dass sich die Situation für Frauen in Afghanistan durch diplomatische Bemühungen verbessern lässt.

Dennoch gab es in Oslo und auch vor den norwegischen Botschaften in London und Toronto Proteste von Afghanen. Die Demonstranten warfen Norwegen vor, den Taliban den Hof zu machen. Das skandinavische Nicht-EU-Land steht seit Jahren mit den Taliban im Dialog. Erst in den vergangenen Tagen war eine norwegische Delegation für Gespräche über die schwierige humanitäre Lage in Afghanistan nach Kabul gereist.

Im November hatte auch Deutschland hochrangige Diplomaten zu Gesprächen mit den Taliban nach Kabul geschickt. Die radikalen Islamisten hatten Afghanistan in wenigen Monaten unter ihre Kontrolle gebracht, nachdem die internationalen Truppen im vergangenen Jahr abgezogen waren.



https://cdn1.snnews.de/img/07e6/01/17/5105769_0:0:3073:1728_1920x0_80_0_0_5c664ea7699ddc9aa1ca731fb6882820.jpg

de.rt.com: **Wegen Äußerungen zu Krim und Putin: Vizeadmiral Schönbach auf ukrainischer Mirotworez-Prangerliste**

Kay-Achim Schönbach hat in der Ukraine wegen seiner Krim-Äußerung einen Aufschrei der Empörung ausgelöst. Der ukrainische Botschafter in Berlin findet den Rücktritt des deutschen Marine-Inspektors nicht genug. Nun steht der Vizeadmiral am ukrainischen Online-Pranger Mirotworez.

Der deutsche Vizeadmiral Kay-Achim Schönbach, der wegen seiner Äußerungen über Russlands Staatschef Wladimir Putin und die Schwarzmeer-Halbinsel Krim seinen Posten als Bundesmarine-Oberkommandierender räumen soll, ist jetzt auf der umstrittenen ukrainischen Website Mirotworez (auf Deutsch "Friedensstifter") gelistet.

Die Aufnahme des 56-Jährigen in die sogenannte Fegefeuer-Datenbank wird mit seiner "Beteiligung an Akten der humanitären Aggression gegen die Ukraine" und mit seiner "Beteiligung an den Versuchen, die Besatzung der Autonomen Republik Krim durch russische Eroberer" begründet. In Schönbachs Personalkarte werden seine Aussagen zitiert. Dort ist ein Foto von ihm und sein Geburtsdatum zu finden. In einer rot gedruckten Anmerkung unten werden die Sicherheitsbehörden der Ukraine aufgerufen, die veröffentlichten Informationen als Anzeige gegen den deutschen Bürger zu betrachten.

Schönbach ist nicht der einzige Deutsche auf der Mirotworez-Liste. Dort sind inzwischen auch Gerhard Schröder, Andrej Hunko und Wolfgang Ischinger zu finden.

Die Website Mirotworez ist für ihre umstrittenen Inhalte berüchtigt. Dort werden Personaldaten von Journalisten, Prominenten und einfachen Bürgern aus den nicht anerkannten Volksrepubliken Donezk und Lugansk, aus Russland und anderen Ländern publik gemacht, die die Betreiber der Seite der Aggression gegen die Ukraine bezichtigen. Im Mai 2016 hatte Mirotworez über 4.000 Namen, Telefonnummern und E-Mails der damals in der Ostukraine tätigen Journalisten veröffentlicht.

Russlands Außenministerium stuft die Website als einen "direkten Aufruf zur Abrechnung" ein. Mirotworez werden Verbindungen zum ukrainischen Geheimdienst SBU nachgesagt. Außerdem bringt man die Webseite mit der Ermordung des Journalisten Oles Busina und des oppositionellen Politikers Oleg Kalaschnikow im Jahr 2015 in Verbindung.

Schönbach hatte bei einer Veranstaltung in Indien in einem im Internet veröffentlichten Video unter anderem gesagt: "Die Halbinsel Krim ist weg, sie wird nicht zurückkommen." Er betonte zudem, dass Russland Respekt verdiene. Dieser Wunsch Russlands sei "leicht zu erfüllen".

Sowohl im Verteidigungsministerium als auch im Auswärtigen Amt zeigte man sich verärgert

über Schönbachs Äußerungen. Das ukrainische Außenministerium bestellte die deutsche Botschafterin in Kiew, Anka Feldhusen, ein. Der ukrainische Botschafter in Berlin, Andrij Melnyk, schrieb auf Twitter, der Rücktritt des deutschen Marine-Inspektors sei nicht genug, um das Vertrauen in die deutsche Politik wiederherzustellen. Die Bundesregierung müsse ihren Kurs gegenüber der Ukraine ändern.



<https://cdni.rt.com/deutsch/images/2022.01/article/61ed4e23b480cc53d90a1060.jpg>

armiyadnr.su: **Pressekonferenz des offiziellen Vertreters der Volksmiliz am 23.01.2022**
In den letzten 24 Stunden wurden sieben Verletzungen des Regimes der Feueereinstellung
von Seiten des Gegners festgestellt.

In **Richtung Gorlowka** haben Kämpfer der 95. Brigade **Golmowskij** mit automatischen Granatwerfern beschossen und drei Granaten abgefeuert.

In **Richtung Mariupol** haben Strafruppen der 53. Brigade **Nowolaspa** mit Antipanzergrenatwerfern beschossen und eine Granate abgefeuert.

Kämpfer der 36. Brigade haben **Dsershinskoje** beschossen und drei Mörsergeschosse des Kalibers 82mm sowie eine Granate mit einem Antipanzergrenatwerfer abgefeuert.

Außerdem haben Strafruppen aus derselben Brigade viermal **Kominternowo** beschossen und zwei Mörsergeschosse des Kalibers 120mm, vier Mörsergeschosse des Kalibers 82mm und 35 Granaten mit automatischen Granatwerfern abgefeuert.

Es wurde festgestellt, dass in Verletzung des dritten Punkts der Zusatzmaßnahmen zwei Stück Waffen und Militärtechnik der BFU in einer Ortschaft auf dem von Kiew kontrollierten Territorium stationiert sind.

Zwei Schützenpanzerwagen aus dem Bestand der 25. Luftlandebrigade in der Nähe von Wohnhäusern in Nowobachmutowka.

Die ukrainische Seite blockiert weiter die Funktion von Drohnen der OSZE-Mission. So hat der Gegner, um die Erfassung der Stationierung verbotener Waffen der 95. Brigade zu verhindern, Stationen der elektronischen Kriegsführung „Bukowel-AD“ aus dem Bestand einer mobilen Gruppe des 502. Bataillons für elektronische Kriegsführung eingesetzt, um Leitungs- und Navigationskanäle von Drohnen der OSZE-Mission bei Flügen im Gebiet von Tschassow Jar zu blockieren.

Alle Sachverhalte werden vom Bericht der OSZE-Mission Nr. 15 vom 22.01.2022 bestätigt. Wir stellen weiter die **Verstärkung der Gruppierung der bewaffneten Formationen der Ukraine im Donbass** fest.

So hat das Kommando der OOS unter dem Anschein von Schießausbildung die 3. Raketenartillerieabteilung der 27. Artilleriebrigade, die über 220mm-Mehrfachraketenwerfer „Uragan“ verfügt, in die Gebiete von Krasnopolje und Adamowka verlegt.

Wir merken an, dass die Stationierung dieser Systeme in einer Entfernung von weniger als

70km von der Kontaktlinie eine direkte Verletzung des Maßnahmekomplexes zur Umsetzung der Minsker Vereinbarungen durch die ukrainische Seite ist.

Außerdem hat die ukrainische Seite, um eine gefälschte Beweisbasis, die die Volksrepubliken der Destabilisierung der Lage beschuldigt, zu schaffen, die **Aktivität westlicher Informationsagenturen** in den Verantwortungsbereichen der 24., 30, und 79. Brigade der ukrainischen Streitkräfte **organisiert**. Den ausländischen Journalisten, die von ukrainischen Offizieren für informationspsychologische Operationen begleitet werden, werden zivile Objekte gezeigt, die infolge der Kiewer Aggression bei den aktiven Kampfhandlungen 2014-2015 zerstört und beschädigt wurden, was jetzt als Folge kürzlicher Beschießungen ausgegeben wird.

So versucht die Kiewer Führung, sich der Unterstützung der internationalen Gemeinschaft für den Fall der Entfachung aktiver Kampfhandlungen im Donbass durch Kiew zu versichern.

In den Einheiten der bewaffneten Formationen der Ukraine ist ein äußerst geringes Niveau der militärischen Disziplin festzustellen. Die ukrainischen Kämpfer nutzen die fehlende Kontrolle von Seiten des Kommandos und konsumieren ungestraft Drogen, deren Lieferung in die OOS-Zone sie organisiert haben.

So haben Freiwillige, die im 2. Luftsturmataillons der 95. Brigade in Dsershinsk eingetroffen sind, ukrainischen Soldaten Medikamente übergeben, unter denen sich Alkoholprodukte und Drogen befanden.

snanews.de: **Eklat um Marine-Chef: Ukraine-Botschafter attestiert Schönbach „deutsche Arroganz und Größenwahn“**

Kurz nach dem Rücktritt des deutschen Marinechefs Kay-Achim Schönbach wegen unangenehmer Äußerungen über die Ukraine hat sich der ukrainische Botschafter in Berlin, Andrej Melnyk, zu Wort gemeldet. Ihm zufolge wirft die Situation einen Schatten auf die „internationale Verlässlichkeit“ Deutschlands und erinnert an die Zeit des Nationalsozialismus.

Im Gespräch mit der „Welt“ bezeichnete Melnyk den Rücktritt des Vizeadmirals als „unzureichend“ und rief die Bundesregierung zu einer grundlegenden Änderung ihrer Position im russisch-ukrainischen „Konflikt“ auf.

„Wir begrüßen zwar, dass Herr Schönbach seinen Rücktritt angeboten hat“, sagte Melnyk gegenüber der Zeitung. Aber: Der Eklat hinterlasse „einen Scherbenhaufen“ und stelle die internationale Glaubwürdigkeit und Verlässlichkeit Deutschlands „massiv infrage“.

Laut dem Botschafter haben die Aussagen Schönbachs die gesamte ukrainische Öffentlichkeit „in einen tiefen Schock versetzt“. Melnyk zog dabei eine Parallele zur Zeit des Nationalsozialismus:

„Die Ukrainer fühlten sich bei dieser herablassenden Attitüde unbewusst auch an die Schrecken der Nazi-Besatzung erinnert, als die Ukrainer als Untermenschen behandelt wurden“, sagte er.

Darüber hinaus sprach Melnyk von einer „zynischen Verharmlosung der völkerrechtswidrigen Krim-Besetzung“ und einem „mit Hochnäsigkeit vorgetragenen Zweifel an der Souveränität der Ukraine“.

Aus den Äußerungen des zurückgetretenen Marinechefs spreche „deutsche Arroganz und Größenwahn, mit denen einer der hochrangigsten Köpfe der Bundeswehr von einer heiligen Allianz mit Kriegsverbrecher Putin und einem deutsch-russischen modernen Kreuzzug gegen China träumt“. Hiermit bezog sich Melnyk auf die Äußerung Schönbachs, wonach Deutschland „Russland gegen China“ brauche.

Marinechef muss zurücktreten

Schönbach hatte sich am Freitag bei einem Besuch in Indien zur aktuellen Situation zwischen Russland und der Ukraine geäußert. Die von mehreren westlichen Staaten befürchtete Invasion russischer Truppen in die Ukraine hatte er dabei als „Nonsens“ bezeichnet und sich

auf die Seite Russlands gestellt.

Was der russische Präsident, Wladimir Putin, wirklich wolle, sei „Respekt auf Augenhöhe“, sagte der Vizeadmiral. Es sei leicht, ihm den Respekt zu geben, den er will – „und den er wahrscheinlich auch verdient“.

Zudem äußerte Schönbach sich zur Halbinsel Krim, die Russland im Jahre 2014 wieder beigetreten war:

„Die Krim-Halbinsel ist weg, sie wird niemals zurückkehren“, sagte Schönbach.

Die Ukraine und die meisten EU- und Nato-Staaten betrachten die Krim jedoch weiterhin als ukrainisches Territorium und bezeichnen ihre „Wiedervereinigung“ mit Russland als „Annexion“.

Am Samstag entschuldigte sich Schönbach auf Twitter für seine Äußerungen – sie seien „unbedacht“ gewesen. „Da gibt es nichts zu deuteln, das war ein klarer Fehler“, schrieb er. Ein Sprecher des Verteidigungsministeriums betonte dazu, Schönbachs Einschätzungen entsprächen in keiner Weise der Position des Ministeriums. Schließlich reichte Schönbach seinen Rücktritt ein, der von Bundesverteidigungsministerin Christine Lambrecht angenommen wurde. Am Samstagabend wurde der Vizeadmiral mit sofortiger Wirkung von seinen Aufgaben entbunden.

Ukraine wird sich an Deutschlands „Weigerung“ jahrzehntelang erinnern

Die ukrainische Regierung hatte wegen der umstrittenen Äußerungen Schönbachs und der „Weigerung“ Berlins, Waffen in die Ukraine zu schicken, die deutsche Botschafterin in Kiew, Anka Feldhusen, am Samstagabend einbestellt.

Der ukrainische Außenminister Dmytro Kuleba, der zuvor bereits seinen Unmut diesbezüglich geäußert hatte, bemängelte nun erneut die Haltung der deutschen Regierung gegenüber der Zeitung „Welt“ als „enttäuschend“. Die Ukrainer würden sich, so der ukrainische Politiker, daran „noch jahrzehntelang“ erinnern.

Er hingegen wünsche sich, dass die deutsch-ukrainische Partnerschaft floriere und die Menschen „freundschaftliche und herzliche Gefühle“ füreinander hegten, so Kuleba weiter. Er respektiere „die deutschen Verweise auf die Vergangenheit, um die aktuelle Politik zu erklären“, sagte Kuleba, könne dem aber nicht zustimmen.

Hiermit bezog er sich auf die Worte von Außenministerin Annalena Baerbock in Kiew, wonach die Haltung Deutschlands zu Waffenlieferungen und für eine restriktive Rüstungsexportpolitik „unter anderem in der deutschen Geschichte begründet“ sei.

Ferner verwies er auf die deutsche und ukrainische Vergangenheit. Demnach hat die Ukraine enorme Verluste und Zerstörungen im Zweiten Weltkrieg erlitten – nun, „da wir erneut leiden und bedroht werden“, sei es das einzig Richtige, der Ukraine zu erlauben, sich zu verteidigen, so der ukrainische Außenminister. Deutschland habe „in der Vergangenheit Fehler gegenüber der Ukraine begangen“. Ein Teil seiner Verantwortung bestehe darin, „heute die richtigen Entscheidungen zu treffen“.

Die Beziehungen zwischen den westlichen Ländern und Russland bleiben hinsichtlich der Ukraine angespannt. Der Westen äußert die Befürchtung eines Angriffs seitens Russlands auf das Nachbarland und droht Russland seitdem mit schwerwiegenden Konsequenzen. Moskau hingegen hatte mehrmals erklärt, dass Russland keine aggressiven Pläne habe und grundlos „dämonisiert“ werde.



https://cdn1.snanews.de/img/07e5/0a/1c/4123696_0:159:3076:1889_1920x0_80_0_0_580a7a6fe639ce781a95077ecb880948.jpg

snanews.de: **Russischer Chefunterhändler in Wien warnt Kiew vor Provokationen im Donbass**

Moskau wird laut dem russischen Chefunterhändler für militärische Sicherheit und Rüstungskontrolle in Wien, Konstantin Gawrilow, einen Angriff Kiews und des Westens auf den Donbass nicht tolerieren.

„Alles wurde klar gesagt und man hat gewarnt: Wir werden es nicht tolerieren, wenn unsere Bürger angegriffen werden. Es wurde klar gesagt, es wurde in allen Medien klar gesagt“, sagte er.

Zuvor hatte der Diplomat gesagt, dass westliche Länder bluffen und einen angeblichen „Angriff“ auf die Ukraine vorwerfen würden, um eine gute Verhandlungsposition zu haben. Gleichzeitig schloss er Provokationen der Streitkräfte der Ukraine an der Grenze nicht aus und betonte, dass Moskau alles tue, um sie zu verhindern.

Ihm zufolge wurde im Westen eine Kampagne entfesselt: Die westlichen Politiker behaupten, dass Russland in die Ukraine einmarschieren wolle. Weder die Erklärungen des russischen Präsidenten noch die Erklärungen der hochrangigen russischen Regierungsvertreter über die mögliche diplomatische Lösung würden dazu beitragen, diese Kampagne zu stoppen.

„Ich schließe nicht aus, dass sie eine Provokation darstellen können. Dafür wird eine Informationshülle erstellt“, fügte Gawrilow hinzu.

Er erinnerte auch daran, dass Russland einer der Garanten der Minsker Vereinbarungen sei und „nicht zulassen wird, dass seine Bürger beleidigt, geschweige denn getötet werden“.

Ende 2021 hatte Russland Entwürfe für einen Vertrag mit den USA und ein Abkommen mit der Nato über Sicherheitsgarantien veröffentlicht. Insbesondere forderte Moskau von den westlichen Partnern rechtsverbindliche Garantien dafür, dass die Nato auf die Stationierung von Militärbasen in den ehemaligen Sowjetrepubliken, auf eine weitere Osterweiterung und vor allem auf den Beitritt der Ukraine zu dem Bündnis verzichtet.

Russland und die USA hielten am 9. und 10. Januar in Genf Konsultationen zu Moskaus Sicherheitsvorschlägen ab. Am 12. Januar fand in Brüssel eine Sitzung des Nato-Russland-Rates statt, gefolgt von Konsultationen auf der Wiener Plattform der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) am Donnerstag.

Der russische Außenminister Sergej Lawrow sagte nach seinem Treffen mit US-Außenminister Anthony Blinken am vergangenen Freitag, die USA würden Russland in der nächsten Woche schriftliche Antworten auf die Sicherheitsvorschläge zukommen lassen.



https://cdn1.snanews.de/img/07e5/01/0c/497810_0:289:3077:2020_1920x0_80_0_0_5f31559d36b4e1458c1656db21660519.jpg

snanews.de: **„Pro-russische Führung“ in Kiew? Russische Botschaft warnt London vor „albernen Provokationen“**

Die russische Botschaft in Großbritannien hat in einem Kommentar das britische Außenministerium aufgefordert, mit provokativen Äußerungen in Bezug auf die Situation um die Ukraine aufzuhören. Angesichts der ohnehin aufgeheizten politischen Lage haben die russischen Diplomaten Londons Rhetorik als gefährlich eingestuft.

London werde dank seiner „kurzsichtigen“ Politik von den tatsächlichen diplomatischen Prozessen ferngehalten und sehe seine Rolle darin, ständig antirussische Stimmungen zu schüren, beanstandete die russische Botschaft.

„Die Logik ist sehr einfach: Man beschuldigt Russland jeden Tag, eine ‚unumgängliche‘ Invasion in die Ukraine vorzubereiten, und versucht, auf dieser erfundenen ‚Grundlage‘ die Rolle des ideologischen Anführers der ‚freien Welt‘ zu spielen, der sich gegen ‚Autokraten‘ verteidigt“, hieß es im Kommentar, der am Sonntag veröffentlicht wurde.

Hinzu komme auch der „offensichtliche Verfall“ des britischen Fachwissens über Russland und die Ukraine. Die russischen Diplomaten verwiesen in diesem Zusammenhang auf die jüngste Äußerung der britischen Außenministerin Elizabeth Truss, die Ukraine habe in ihrer Geschichte unter verschiedenen Invasionen gelitten, „von den Mongolen bis zu den Tataren“. Ganz komisch sei die Nachricht, dass Moskau angeblich beabsichtige, in Kiew eine pro-russische Führung mit einem ehemaligen ukrainischen Abgeordneten an der Spitze zu errichten, denn Moskau habe gegen den ehemaligen Parlamentarier Sanktionen verhängt, weil er eine Bedrohung für die nationale Sicherheit Russlands darstelle, betonte die russische Botschaft.

„Übrigens gibt es da nichts zum Lachen. Wir beobachten das wahre professionelle Niveau derjenigen, die neben diesen absurden Erklärungen tödliche Waffen in die Ukraine schicken, ihre eigene militärische Präsenz in der Nähe der russischen Grenzen ausbauen und Kiew bei der Sabotage der Minsker Vereinbarungen fördern“, heißt es in dem Kommentar weiter.

Anschließend rief die russische Botschaft Großbritannien dazu auf, mit rhetorischen Provokationen aufzuhören und zur europäischen Sicherheit beizutragen: „Wir fordern London nachdrücklich auf, die albernen rhetorischen Provokationen einzustellen, die in der derzeitigen aufgeheizten Situation sehr gefährlich sind, und zu echten diplomatischen Bemühungen zur Schaffung von zuverlässigen Garantien für die europäische Sicherheit beizutragen.“



https://cdn1.snnews.de/img/07e6/01/17/5107182_0:139:3149:1910_1920x0_80_0_0_8df1fd826f96a058d61f2c7a62865e2a.jpg

snnews.de: **Scholz weist Moskaus Forderung bezüglich Nato-Osterweiterung zurück**

Bundeskanzler Olaf Scholz hat sich am Samstag zu den russischen Forderungen nach einem Ende der Nato-Osterweiterung geäußert.

„Ein Beitritt weiterer Länder aus dem Osten Europas in die Nato steht aktuell überhaupt nicht auf der Tagesordnung. Was soll da die russische Forderung? Diese Garantie kann es nicht geben“, sagte der SPD-Politiker der „Süddeutschen Zeitung“.

Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa, wie sie die Schlussakte von Helsinki meine, könne es nur geben, wenn es nicht die Vorstellung von Einflusszonen gebe, in denen Länder nicht selbst über ihre eigene Entwicklung bestimmen dürften, fügte Scholz in dem Interview hinzu. Zur aktuellen Situation sagte er: „Wir sind in einer sehr ernsten Lage.“ Es sei nicht zu übersehen, dass einhunderttausend Soldaten und viel Militärgerät von Russland entlang der Grenze zur Ukraine zusammengezogen worden seien.

Scholz sprach von einer Bedrohung für Frieden und Sicherheit in Europa.

„Dass Grenzen nicht infrage gestellt werden, gehört zu den Errungenschaften der Entspannungspolitik und der Verständigungen nach 1990, genauso wie die territoriale Integrität der Länder. Das bedeutet, dass wir nicht mit Gewalt nationale Grenzen verschieben, nur weil in alten Büchern vielleicht andere Grenzen verzeichnet sind. Recht und Regeln müssen gelten und nicht militärische Macht.“

Der Kanzler bekräftigte, „dass es hohe Kosten haben würde für Russland, wenn es eine militärische Aggression gegen die Ukraine gibt“. Auf Nachfrage, welche das sein könnten, sagte er: „Im Kreise der Verbündeten verständigen wir uns, wie mögliche Maßnahmen aussehen. Das ist gut. Wir müssen handlungsfähig sein im Falle eines Falles. Und das werden wir sein.“

Ende 2021 hatte Russland Entwürfe für einen Vertrag mit den USA und ein Abkommen mit der Nato über Sicherheitsgarantien veröffentlicht. Insbesondere forderte Moskau von den westlichen Partnern rechtsverbindliche Garantien dafür, dass die Nato auf die Stationierung von Militärbasen in den ehemaligen Sowjetrepubliken, auf eine weitere Osterweiterung und vor allem auf den Beitritt der Ukraine zu dem Bündnis verzichtet.

Russland und die USA hielten am 9. und 10. Januar in Genf Konsultationen zu Moskaus Sicherheitsvorschlägen ab. Am 12. Januar fand in Brüssel eine Sitzung des Nato-Russland-Rates statt, gefolgt von Konsultationen auf der Wiener Plattform der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) am Donnerstag.

Der russische Außenminister Sergej Lawrow sagte nach seinem Treffen mit US-Außenminister Anthony Blinken am vergangenen Freitag, die USA würden Russland in der nächsten Woche schriftliche Antworten auf die Sicherheitsvorschläge zukommen lassen.



https://cdn1.snanews.de/img/07e5/0c/11/4718720_0:0:2995:1685_1920x0_80_0_0_340b6a9aee7b18265ef35d5d9b6c176b.jpg